

<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlagen-Nr.:	<b>VO/5761/2017</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	11.08.2017
Antragstellende Fraktion/en: CDU		

Beratungsfolge:		
<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

### **Antrag der CDU-Fraktion betr.: Kein Raum für gewaltbereiten Extremismus**

#### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung zeigt sich über die menschenverachtenden Gewaltausbrüche der linksextremistischen Szene am Rande des G20 Gipfels in Hamburg besorgt. Für diese Art extremer Gewalt ist in unserer Gesellschaft ebenso wenig Platz wie für jede andere Art politisch motivierter Gewalt.

Die Stadtverordnetenversammlung findet es befremdlich, dass Marburger Gruppen des Aktionsbündnisses „NoG20“, darunter auch die Antifa und Attac, im Vorfeld einen „besonderen“ Erste Hilfe Kurs mit den Themen „Augenausspülen und Schlagstockverletzungen erkennen und versorgen“ in Marburg organisiert haben.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung duldet keine Form von Gewalt und spricht allen Opfern der gewaltbereiten Extremisten in Hamburg ihr Mitgefühl aus.

Den Polizistinnen und Polizisten und den unzähligen Einsatzkräften, die in diesen lebensgefährlichen Einsatz geschickt wurden, spricht die Stadtverordnetenversammlung Dank, Respekt und Anerkennung aus.

#### Begründung:

Die Ausschreitungen am Rande des G20 Gipfels geben großen Anlass zur Sorge. Leider müssen wir zu Kenntnis nehmen, dass sich seit Jahren in bestimmten Kreisen linksextremes Gedankengut etabliert hat. Jahrelang hat sich die Politik damit abgefunden. Dies hat sich nun in Hamburg bitter gerächt. Ein unkommentiertes „weiter so“ wäre nun der komplett falsche Ansatz, um dieser Form von Extremismus zu begegnen.

Fast 500 verletzte Polizistinnen und Polizisten, darunter Gesichtstreffer durch Pyrotechnik, Verletzungen durch Steine und Flaschen, Gehirnerschütterung sowie Schnitt- und andere Ver-

letzen, ein komplett zerstörter Stadtteil und unzählige einzelne Zerstörungen von Eigentum anderer in der Stadt sind die erschreckende Bilanz in Hamburg.  
Auch in Marburg musste eine Versammlung linksextremer im Südviertel vor kurzem von der Polizei aufgelöst werden.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung respektiert Menschen, die sich bei friedlichen Demonstrationen Gehör verschaffen und sich auf diese Art in das politische oder gesellschaftliche Geschehen einbringen möchten. Diese Art der kritischen Bürgerbeteiligung ist ausdrücklich erwünscht und unterstützenswert.

Einer offensichtlich gewaltbereiten linksextremen Szene darf kein Raum gegeben werden. Gerade in unserer weltoffenen und toleranten Stadt sollten wir uns dieser Verantwortung stellen.

**Jens Seipp  
Dirk Bamberger  
Hermann Heck  
Mathias Range  
Runhild Piper  
Stephan Muth**

**Roger Pfalz  
Joachim Brunnet  
Manfred Jannasch  
Walter Jugel  
Hans-Martin Reissner**

**Wieland Stötzel  
Karin Schaffner  
Winfried Kissel  
Oliver Hahn  
Sabine Schäfer-Jarosz**